

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Manow, Philip
Die Politische Ökonomie des Populismus

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 2728
978-3-518-12728-5

edition suhrkamp 2728

Populismus ist ein vielgestaltiges Phänomen. Mal ist er rechts, mal links; mal artikuliert er Protest gegen offene Märkte, mal wendet er sich gegen Migration. Auch in der geografischen Verteilung zeigt er sich variantenreich: In Südeuropa dominiert der Links-, in Nordeuropa der Rechtspopulismus. Philip Manow entwickelt eine vergleichende Erklärung für dieses zunächst widersprüchlich erscheinende Bild. Den Ausgangspunkt bilden die jeweiligen wirtschaftlichen Wachstumsmodelle, die Verfasstheit von Arbeitsmarkt und Sozialstaat, kurz die jeweiligen Politischen Ökonomien. Es zeigt sich: Wer vom Populismus reden will, aber vom Kapitalismus nicht, landet immer nur bei Identitätspolitik – und wird dann unweigerlich selbst Partei im Streit.

Philip Manow, geboren 1963, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen. In der edition suhrkamp erschien 2008 *Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation* (es 2524).

Philip Manow

Die Politische Ökonomie des Populismus

Suhrkamp

Erste Auflage 2018
edition suhrkamp
Sonderdruck
Originalausgabe
© Suhrkamp Verlag Berlin 2018
Alle Rechte vorbehalten,
insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.
Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn
Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim
Umschlag gestaltet nach einem Konzept
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt
Printed in Germany
ISBN 978-3-518-12728-5

Inhalt

Vorwort	7
2. Populisten vs. Elite, Elite vs. Populisten	26
2.1 Eine hitzige Debatte	26
2.2 Die Ungewaschenen	29
2.3 Was nun?	35
3. Der Populismus und die Politische Ökonomie der Globalisierung	38
3.1 Nord und Süd, Ost und West, links und rechts – Varianten des Populismus	38
3.2 Das südeuropäische Rendezvous mit der Globalisierung	51
3.3 Die europäische Verschärfung	55
3.4 Ein vergleichendes Erklärungsschema	61
4. Der Aufstieg der Rechtspopulisten in Deutschland ¹	70
4.1 Wirtschaftliche Modernisierungsverlierer und kulturelle Abwehrreflexe	71
4.2 Wer wählt AfD? Datenlage und Hypothesen	79
4.3 Wer wählt AfD? Die Ergebnisse	90
4.4 Verteilungsgerechtigkeit und Protest	99
5. Die europäische Geografie des Populismus	103
5.1 Die vier Regime und die Varianz des Protests	103
5.2 Insider, Outsider, linker und rechter Protest: geografische Muster der Problemwahrneh- mung und Varianten der Globalisierung	108

5.3 Lega und Movimento, Ukip und Brexit – Einzelbetrachtungen	120
6. Die Europäisierung des Populismus	131
Anmerkungen	139
Anhang	152
Literatur	156
Danksagung	174

Vorwort

Donald Trump, Marine Le Pen, Beppe Grillo, Matteo Salvini, Geert Wilders, Hugo Chávez (und sein Wiedergänger Nicolás Maduro), Pablo Iglesias, Jarosław Kaczyński, Beatrix von Storch und Alexander Gauland, Norbert Hofer und Heinz-Christian Strache, Jimmie Åkesson, Jean-Luc Mélenchon, Nigel Farage (und Boris Johnson?), Viktor Orbán, Alexis Tsipras, Recep Tayyip Erdoğan, Rodrigo Duterte, Narendra Modi – und so weiter und so fort.¹ Oder: FPÖ, SVP, Lega und Movimento, die Wahren Finnen und die Schweden-demokraten, der Vlaams Blok, PVV, die norwegische Fortschrittspartei und die Dansk Folkeparti, das Rassemblement (vormals der Front) National, AfD, PiS, Fidesz, AKP, Syriza, Podemos und La France insoumise ... Die Aufzählungen, so scheint's, nehmen kein Ende: Populisten allerorten. Für viele ist das Anlass zur Beunruhigung und Zeichen einer grundsätzlichen Krise, für andere ein überfälliger, notwendiger Protest, der die verstopften Kanäle demokratischer Repräsentationsverfahren mit einem durchaus ätzenden Reinigungsmittel wieder frei spült, und für Dritte wiederum handelt es sich nur um viel Lärm um nichts: Populismus – das ist doch ein bloßer Kampfbegriff, eine strategische Formel, gegen diejenigen gerichtet, die eine andere politische Meinung vertreten.

So unterschiedlich die Personen und Parteien, so divers die Kontexte, in denen sie reüssieren, so heterogen die politischen Forderungen, die sie vertreten – Populisten von links und rechts sind in den letzten zwanzig Jahren in so gut wie allen Demokratien zahlreicher und erfolgreicher geworden.

Es fällt schwer, Länder zu nennen, in denen die Populisten *nicht* die etablierten Parteien und den etablierten Modus, in dem Politik bislang betrieben wurde, herausfordern. Sie beherrschen fast überall die Agenda, weil sie die ganze öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen vermögen. Angesichts der erheblichen Stimmenzugewinne populistischer Parteien in der jüngeren Vergangenheit hat sich der Eindruck verfestigt, dass wir mit dem Aufstieg des Populismus nicht nur ein Krisensymptom westlicher Gesellschaften beobachten können, sondern auch ein diese Krise weiter verschärfendes Moment erleben. Die Debatte ist daher überwiegend im Ton der Besorgnis gehalten: Zerbricht der liberale Nachkriegskonsens westlicher Demokratien?

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass eine interessierte, vor allem beunruhigte Öffentlichkeit wissen möchte: Was ist da los und wie ist das zu erklären? Die Debatte unter dem Oberbegriff »Populismus« ist in vollem Gang, die (Politik-)Wissenschaft widmet sich dem Phänomen intensiv (als Überblicksdarstellungen Jörke/Selk 2017; Mudde/Kaltwasser 2017; Kaltwasser et al. 2017), die einschlägigen Veröffentlichungen werden täglich mehr, so dass es schwierig geworden ist, die Übersicht zu behalten. Die zeitdiagnostischen Beiträge sind zahlreich (Goodhart 2017; Lilla 2017; Moffit 2016; Mounk 2018; Müller 2017 [2016]; Stegemann 2017; Zielonka 2018) – und der in ihnen vorherrschende Ton ist nicht gerade dazu angehalten, optimistisch in die Zukunft zu blicken: *How Democracy Ends* (Runciman 2018), *How Democracies Die* (Levitsky/Ziblatt 2018). Das öffentliche Nachdenken über die Demokratie in Zeiten des Populismus vollzieht sich nun überwiegend im Modus der vorgezogenen Grabrede.

Und warum noch ein Beitrag zu dieser bereits breiten Debatte? Jedes Buch, das gelesen werden will, muss sich recht-

fertigen. Für ein weiteres Buch in einer immer rascher anschwellenden Literatur zum Thema Populismus gilt das wohl in besonderem Maße. Das vorliegende Buch will auf zwei – wie ich denke: gravierende – Mängel der Debatte reagieren. Das *erste Defizit* besteht, zugespitzt formuliert, darin, dass in ganz überwiegendem Maße über Populismus geredet wird, ohne zugleich über Kapitalismus zu sprechen – sieht man von dem ganz unspezifischen Lamento über den »Neoliberalismus« ab, mit dem sich ja alles (und daher: nichts) erklären lässt. Dass es einen ökonomischen Ursachenkomplex für die erhöhte politische Unruhe geben könnte, wird vielfach ausgeblendet, meist schon aufgrund der verwendeten Definitionen, die von den politischen Inhalten der Populisten explizit absehen und Populismus lediglich als einen besonders antagonistischen Politikmodus verstehen wollen (siehe Kapitel 2). »Populism isn't about policy content«, wird uns dann versichert. Es gehe nur um Empörung, Wut, Frustration, Ressentiments, um moralische Alleinvertretungsansprüche und eine scharfe Abgrenzungsrhetorik, um eine inszenierte Konfrontation zwischen dem wahren, reinen Volk, zu dessen authentischen Sprechern sich die Populisten zuvor selbst erklärt haben, auf der einen Seite, und einer weitgehend korrupten, autistischen, in einer liberalen Blase gefangenen kosmopolitischen Elite, die für das Volk längst nur noch Verachtung übrighat, auf der anderen. Aber wo kommt die Wut so plötzlich her? Und wieso verfängt eine Kritik an den *Out-of-touch*-Eliten, die so alt ist wie die repräsentative Demokratie selbst, heute scheinbar so viel besser als früher?

Stellen wir nur auf diese Konfrontation ab, ergreifen wir schnell Partei und heben die Debatte zuverlässig in den Bereich der politischen Leidenschaften und der Moral, was sie so unergiebig und zugleich auch oft so hysterisch macht. Auf

dieser Ebene gibt es schließlich wenig Raum für Kompromiss und das wechselseitige Zugeständnis, dass die andere Seite möglicherweise auch ein Argument und ein berechtigtes Motiv hat. Die Lager versorgen sich mit starken Gefühlen und eindeutigen Identitäten, es steht immer schon fest, wer der Gegner (bzw. oft schon der Feind) ist und wie Gut und Böse verteilt sind. Tendenziell läuft eine solche, allein auf die unversöhnliche Polarisierung der politischen Auseinandersetzung abstellende Definition Gefahr, unter anderen normativen Vorzeichen genau das zu bestätigen, was die Populisten selbst unablässig behaupten, nämlich dass es einen zunehmend unüberwindbaren Graben zwischen den Empörten und der Elite gibt. Selbstreflexion – etwa dass man dort, wo man steht, möglicherweise nicht (nur) aufgrund einer autonomen moralischen Entscheidung steht, sondern als Mitglied eines bestimmten sozioökonomischen Milieus oder im Kontext einer spezifischen Politischen Ökonomie – scheint auf allen Seiten ein knappes Gut zu sein. Theoriedefizit und Moralüberschuss kennzeichnen die öffentliche Debatte gleichermaßen.²

Wer über den Populismus reden will, aber nicht zugleich auch über den Kapitalismus, landet meist nur bei der Identitätspolitik – und ist dann schnell mittendrin in völlig unergiebigem Debatten voll wechselseitiger Stigmatisierungen. Deswegen möchte ich in diesem schmalen Buch, auch in der Hoffnung auf Selbstaufklärung und vielleicht Distanzgewinn, eine Politische Ökonomie des Populismus skizzieren und die Tragfähigkeit des Konzepts anhand der vorliegenden Empirie überprüfen. Das ist unter anderem motiviert durch die Vermutung, dass das systematische Ausblenden ökonomischer Faktoren vielleicht selbst Teil des Problems ist. Der Verdacht lautet: Über den Populismus als Problem zu reden

ist oft eine Art, über ihn als Problemsymptom nicht reden zu müssen. Und die verbreitete Neigung, ihn als Beleg für eine fortschreitende »Kulturalisierung der Politik« (Andreas Reckwitz) zu werten und daher auch immer nur als kulturelles Phänomen zu deuten, dient in diesem Diskurs oft denjenigen, die das so deuten – und trägt damit eher zur Verschärfung des Konflikts und zu seiner Kontinuierung bei. Mir erscheint diese Diagnose selbst symptomatisch.

Im Gegensatz zu einer solchen kulturalistischen Sicht auf das populistische Phänomen nehme ich einen Vorschlag von Dani Rodrik auf (2018), Populismus im Wesentlichen als Protestartikulation gegen Globalisierung zu interpretieren, und zwar gegenüber zwei ihrer hauptsächlichen Erscheinungsformen: dem internationalen Handel und der Migration, also der grenzüberschreitenden Bewegung von Geld und Gütern einerseits und Personen andererseits.³ Ich skizziere dann, wie sich vor diesem Hintergrund Europas politische Geografie des Populismus erklären lässt, mit der Dominanz des Linkspopulismus in Südeuropa, der gegen »Neoliberalismus« oder »Austerität« protestiert, in einem Kontext, in dem die freie Bewegung von Gütern und Geld problematisch wird, und der Dominanz des Rechtspopulismus in Kontinental- und Nordeuropa, der gegen »Massenzuwanderung« protestiert, in einem Kontext, in dem die freie Bewegung von Personen problematisch wird; und wo populistische Parteien in Osteuropa und den angelsächsischen Ländern Verliererinteressen artikulieren, während in Westeuropa die Interessen derer populistisch verteidigt werden, die etwas zu verlieren haben (Kapitel 3 bis 5).

Der Mangel an ökonomischer Reflexion, der die gegenwärtige Populismusdebatte kennzeichnet, steht meines Erachtens im Zusammenhang mit ihrem *zweiten Defizit*: dem

Fehlen eines systematischen Vergleichs – und das heißt eben auch mit dem Fehlen eines vergleichenden Analyserahmens. Wir reden zumeist über Einzelphänomene, die dann jeweils *pars pro toto* genommen werden: Ja, wenn ich das Phänomen Trump besser verstehe, verstehe ich auch das Phänomen Populismus besser. Ja, es ist interessant und wichtig zu erfahren, wer eigentlich die Wähler der AfD sind. Man möchte auch gerne wissen, wer aus welchen Motiven im Juni 2016 in Großbritannien für »Leave« und wer für »Remain« gestimmt hat. Aber was genau weiß man, wenn man das weiß?

Die Einzelbefunde setzen sich nicht automatisch zu einem Gesamtbild zusammen – weil die oft implizite Annahme, dass es im Grunde überall die gleichen Motivlagen sind, die für den Aufstieg populistischer Parteien und Personen verantwortlich zeichnen, bei näherer Betrachtung doch ganz unwahrscheinlich erscheint. Wählt ein ungarischer Wähler aus den gleichen Gründen Fidesz, aus denen ein schwedischer Wähler die Schwedendemokraten wählt und ein Spanier Podemos? Warum sollten wir das annehmen? Wenn wir eine ökonomische Erklärung zumindest nicht von vornherein ausschließen, ist es angesichts der sehr unterschiedlichen Funktionsweisen nationaler Arbeitsmärkte, Wohlfahrtsstaaten, wirtschaftlicher Wachstumsmodelle und Formen der außenwirtschaftlichen Einbettung, ist es bei der ganz unterschiedlichen Exponiertheit der jeweiligen Länder gegenüber Handel und Migration hochgradig unplausibel, den immer gleichen Verursachungszusammenhang zu unterstellen. Diese Unterstellung liegt aber – wenn auch oft implizit – vielen Studien in diesem Bereich zugrunde (Rooduijn 2018). Und sie liegt, nebenbei bemerkt, auch der pauschalen Problemdiagnose »Neoliberalismus« zugrunde. Die kann aber schlicht nicht erklären, warum der nämliche »Neoliberalismus« manch-

mal rechte, manchmal linke und manchmal gar keine populistischen Reaktionen provozieren sollte.⁴ Führen wir den Diskurs nur auf der Ebene der Moral, sind wir ohnehin völlig hilf- und verständnislos mit der beobachtbaren Varianz konfrontiert – oder hat irgendjemand eine gute Theorie, warum die Moral von der Geografie bestimmt sein sollte?

Gegenstand dieses Buches ist daher eine *Politische Ökonomie* des Populismus sowie zugleich eine *Vergleichende Politische Ökonomie* des Populismus. Es ist wie so häufig: Hat man keine begründete und belastbare Erwartung (sprich: keine Theorie), welche Muster zu erkennen sein werden, sieht man meistens auch keine – oder die falschen. Ein Beispiel: Vermuten wir im Sinne der gängigen »Modernisierungsverlierer«-These (vgl. Spier 2010), die wirtschaftliche Benachteiligung als starkes Motiv für populistischen Protest betrachtet, einen Zusammenhang etwa zwischen Arbeitslosigkeit und der Stimmabgabe für die Populisten (und zwar überall gleichermaßen), finden diesen dann aber in der statistischen Datenlage nicht bestätigt, führen solche Nicht-Befunde regelmäßig zu dem Schluss, dass ökonomische Faktoren beim Aufstieg des Populismus wohl keine Rolle gespielt haben können. Wenn es denn nicht die Ökonomie ist, wird es wohl die Moralökonomie gewesen sein,⁵ und wenn es nicht die Modernisierungsverlierer sind, muss es sich wohl schlicht um Fremdenfeinde handeln. So landen wir schnell wieder bei der »Kulturalisierung« des Konflikts. Diese Deutung wiederum gewinnt ihre vordergründige Plausibilität nicht zuletzt dadurch, dass der Protest gegen Migration in den meisten Studien immer nur als Ausdruck eines kulturellen Abwehrreflexes interpretiert wird. So als sei Migration gänzlich ohne Verteilungseffekte und so als seien Interessen und Identität immer fein säuberlich voneinander zu trennen.⁶

Das ist aber schon auf der analytischen Ebene dürftig: Wähler, die Migration ablehnen, wählen überdurchschnittlich häufig Parteien, die Migration ablehnen? Was als »kultureller Erklärungsansatz« ausgeflaggt wird, ähnelt, recht besehen, oft eher einer Tautologie, die das eine im anderen spiegelt und die Welt außen vor lässt. Und es ist auch in ökonomischer Hinsicht ganz irreführend. Zumindest wird man die politischen Reaktionen auf Migration nicht verstehen können, wenn man ihre Verteilungseffekte ignoriert und das breite Spektrum von Motivationslagen reduziert auf eine Gegenüberstellung entweder unaufgeklärter oder aufgeklärter Individuen, um Moralurteile vornehmen zu können.

Das hier vorgeschlagene Argument begreift sich deshalb als Alternative zu drei in der Debatte momentan vorherrschenden Ansätzen. Der erste schließt eine besondere Verursachungskonstellation oder ein besonderes Problemprofil, auf die der Populismus reagiert, aus, behauptet er doch, es gehe gar nicht um Inhalte, sondern primär nur um Empörung (vgl. Kapitel 2). Alternativ hierzu ist – zweitens – frühzeitig die Hypothese formuliert worden, es seien die von Strukturwandel, Deindustrialisierung und technologischem Fortschritt negativ betroffenen sogenannten Modernisierungsverlierer, die das hauptsächliche Wählerklientel der Populisten ausmachten – also auf dem Arbeitsmarkt randständige Gruppen, die sich dann auch auf dem politischen Markt den randständigen Angeboten zuwenden würden. Drittens schließlich wird eine neue kulturelle Spaltungslinie zwischen sogenannten »Kosmopoliten« und sogenannten »Kommunitaristen« identifiziert, zwischen Universalismus und Partikularismus, zwischen »Integration« und »Demarkation«, zwischen der globalen Elite der *Anywheres* und den sich nach der Übersichtlichkeit lokaler oder nationaler Verhältnisse

zurücksehnenden *Somewheres*.⁷ Hier wird Populismus im Wesentlichen als Reflex auf Zumutungen der modernen offenen Gesellschaft und des Wertewandels gedeutet, als Reflex der Verlierer in einem neuen »kulturellen Wettbewerb«, als Gegenbewegung zur großen Liberalisierung seit Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre oder auch als Reaktion auf den zunehmenden Bedeutungsverlust nationaler Entscheidungsarenen vis-à-vis suprastaatlicher Instanzen. Und diese Erklärung wird mal mit sozialpsychologischen Versatzstücken angereichert, mal mit dem Verweis auf die angeblich durch »Arbeitslogiken« geprägte entweder eher national-autoritäre oder eher universal-libertäre Weltsicht bestimmter Gesellschaftsgruppen (siehe hierzu Kapitel 3).

Das Argument dieses Buches, das verschiedene Erscheinungsformen des populistischen Protests (dann jeweils auch getragen von verschiedenen Gesellschaftsgruppen) auf unterschiedliche Politische Ökonomien Europas zurückführt, besteht gegenüber dem ersten Ansatz darauf, dass es sehr wohl *bestimmte, spezifische*, und vor allem auch *beschreibbare* Problemkonstellationen vornehmlich ökonomischen Charakters sind, die populistischen Protest provozieren und seine diversen politischen Ausrichtungen mit jeweils unterschiedlichen Hauptträgergruppen erklären können, eine Konkretion der Motive, zu deren Erklärung ein allein auf die Abgrenzungsrhetorik abstellender Ansatz keinerlei Beitrag zu leisten vermag. Gegenüber der zweiten, der Modernisierungsverlierer-These, betone ich *die Variation* dieser ökonomischen Problemkonstellationen, von denen nur eine dem Verlierer-Erklärungsmodell entspricht. Es ist dann nicht weiter überraschend, dass die Modernisierungsverlierer-These in vielen Kontexten keine empirische Bestätigung findet. Das macht sie jedoch nicht generell falsch, sondern nur als gene-

relle Erklärung falsch. Gegenüber dem dritten Erklärungsansatz, der These von der neuen gesellschaftlichen Spaltungslinie, die diese vornehmlich als kulturellen Konflikt deutet und wertet und die deswegen ebenfalls große Schwierigkeiten hat, die vorfindbare Varianz zu erklären, betone ich wiederum den ökonomischen, nicht kulturellen Charakter derjenigen Probleme, die den populistischen Protest hervorrufen, auch wenn viele ökonomische Probleme »kulturalisiert« werden (müssen), um für politische Mobilisierung überhaupt funktionieren zu können.⁸

Ich will meine Erklärung im Vorgriff auf ihre detailliertere Ausführung in den nachfolgenden zwei Kapiteln in ihren Grundzügen kurz umreißen. Zunächst zur Ausgangssituation: Die letzten dreißig Jahre sahen eine enorme Intensivierung der Globalisierung in beiden hier gemeinten Dimensionen, also der grenzüberschreitenden Bewegung von Kapital sowie Gütern und der von Personen. Dies trifft generell, für Europa jedoch im Besonderen zu. Zum Beleg seien einige wenige Entwicklungen stichwortartig aufgerufen. Nach 1990 erfolgte die Integration der osteuropäischen Länder in den freien Wirtschaftsraum EU, die im Jahr 2004 für viele dieser Staaten im Beitritt zur Europäischen Union mündete. Dabei ist die Europäische Union als gemeinsamer Markt ein ausgesprochen wirtschaftsliberaler Raum, in dem über die sogenannten Grundfreiheiten – also die freie Bewegung von Gütern, Personen, Dienstleistungen und Kapital – streng gewacht wird. Mit der Einführung einer gemeinsamen Währung Ende der neunziger Jahre haben diese europäischen Wirtschaftsverflechtungen für eine Untergruppe von Ländern (die Länder der Eurozone) eine nochmals gesteigerte Intensität erlangt. Mit dem Euro war der Verlust geldpolitischer Souveränität verbunden und damit die Preisgabe eines

wichtigen Instruments des makroökonomischen Managements. Der durch weltwirtschaftliche Verflechtungen entstehende Anpassungs- und Reformdruck schlägt jetzt völlig ungemindert auf die nationalen Ökonomien durch und damit letztlich auch auf die jeweiligen politischen Systeme, die solche Anpassungen vornehmen müssten – ökonomische Krisen werden so schnell zu politischen Legitimationskrisen. Dies alles vollzieht sich in einer Zeit, in der China innerhalb weniger Jahre den Übergang vom Kommunismus zum Turbokapitalismus vollzogen, sich von einem eher agrarisch zu einem industriell geprägten Land gewandelt hat und nun auf dem Weltmarkt als neue, extrem dynamische Handelsnation auftritt. Ein wichtiges Ereignis in diesem Zusammenhang ist Chinas Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2001 (Autor/Dorn/Hanson 2016). Im Zuge dieses Prozesses hat sich der Handel zwischen der EU und China in nur fünfzehn Jahren, zwischen 2000 und 2015, annähernd vervierfacht. Die chinesischen Importe in die USA verfünfunddreißigfachen sich im Zeitraum von 1990 bis 2010. Der deutlich intensivierte Handel ist für Länder wie Deutschland, die vornehmlich Investitionsgüter produzieren, ausgesprochen vorteilhaft, denn genau diese Güter braucht China für seine Wachstumsstrategie; für andere, die wie zum Beispiel Italien überwiegend Konsumgüter produzieren, aber ausgesprochen nachteilig, denn das sind die Güter, die China jetzt auch, aber sehr viel billiger herstellt. Mit anderen Worten: Die jeweiligen Ökonomien stehen ganz unterschiedlich unter Druck.

Ganz Europa geriet zudem nach 2008 in den Strudel der internationalen Finanzkrise, die ab 2010 in die Eurokrise überging und zu enormen Verwerfungen und Spannungen im gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum führte,

unter denen die Eurozone beinahe auseinandergebrochen wäre. Die unmittelbar nach Einführung des Euros einsetzende, in der ersten Boomphase jedoch verdeckte Auseinanderentwicklung der nordischen und der südeuropäischen Ökonomien brach somit offen aus und löste in Griechenland, Spanien und Portugal heftige Anpassungskrisen aus, Italien war unter dem Euro schon vor 2008 in eine lange, bis heute anhaltende Phase der Stagnation eingetreten. Die Krise legte mithin offen, dass einige Politische Ökonomien viel besser mit dem Verlust geldpolitischer Souveränität zurechtkommen als andere.

Zur gleichen Zeit kam es zu einem sprunghaften Anstieg der Migration aus Afrika und dem Nahen Osten nach Europa, was einerseits mit einem Komplex aus Krieg, Bürgerkrieg, Armut, Korruption, Überbevölkerung, wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit und politischer Repression zu tun hat, andererseits mit Einkommenssteigerungen in den Herkunftsländern, die die Migrationsoption überhaupt erst eröffneten (Collier 2014). Diese vielfältigen Migrationsbewegungen fanden ihre vorläufig dramatischste Zuspitzung in der Flüchtlingskrise von 2015 ff. Bereits zuvor hatten die mit der EU-Osterweiterung schlagartig zunehmenden Einkommensunterschiede innerhalb Europas die Binnenmigration – vornehmlich aus den osteuropäischen Ländern – erheblich anwachsen lassen, eine Entwicklung, die sich im Zuge der Finanzkrise nochmals intensivierte; nun betraf sie vornehmlich Menschen aus den südeuropäischen Krisenländern.

Das – in extremer Verkürzung – ist die Ausgangslage. Es ist offensichtlich, dass die jeweiligen Wirtschafts- und Wohlfahrtsmodelle von den hier skizzierten Entwicklungen recht unterschiedlich betroffen sind. Trotzdem muss das in Erinne-

rung gerufen werden, weil es die Frage nach der Varianz populistischer Motivlagen unmittelbar betrifft: Genau diese unterschiedlichen Muster, so die These, können nämlich die geografische Verteilung des populistischen Protests erklären. Die Erklärung lautet, mit einigem Mut zu vereinfachenden Kontrastierungen: Migration wird dort politisch zum Problem, wo der Wohlfahrtsstaat großzügig *und* zugänglich ist (Kontinental- und Nordeuropa). Das sind zugleich die Länder, denen Außenhandelsöffnung, freier Warenverkehr, kurz: Güterglobalisierung geringere Probleme bereitet, und zwar *weil* der Wohlfahrtsstaat großzügig und umfassend ist, *weil* sozialpolitische Kompensation die Verteilungsfolgen der freien Bewegung von Gütern und Kapital entschärft (ein Zusammenhang, auf den ich in Kapitel 3 detaillierter eingehen werde). Dieser Umstand, so die weitere These, definiert bereits eine unterschiedliche Krisenbetroffenheit in Süd- und Nordeuropa, weil das südeuropäische Wirtschaftsmodell weniger auf Export als vielmehr hauptsächlich auf Binnennachfrage setzt und der Verlust der geldpolitischen Souveränität daher hier besonders schwer wiegt (für die Erklärung, *warum* ein Zusammenhang besteht zwischen partikularem Wohlfahrtsstaat einerseits und geringerer internationaler Wettbewerbsfähigkeit andererseits, sei erneut auf Kapitel 3 verwiesen). Zugleich ist in Südeuropa der Wohlfahrtsstaat zwar ebenfalls großzügig, aber für Migranten im Regelfall nicht zugänglich, da seine Leistungen weitgehend auf Arbeitsmarkt-Insider gerichtet sind bzw. der Leistungszugang klientelistisch geregelt ist. Migration, selbst in hohen Zahlen, wird dann zumindest nicht zu einem sozialpolitischen Verteilungsproblem, sie erzeugt Welten unterhalb der etablierten mehr oder weniger klientelistischen Ordnungen. Hierin, so die These, liegt dann die unterschiedliche politische Ausrichtung des Pro-

tests wesentlich begründet: In Südeuropa richtet er sich linkspopulistisch eher gegen die »neoliberale« Wirtschaftsordnung, also die freie Bewegung von Gütern und Kapital, sowie die fiskalpolitische Zurückhaltung des Staates (»Austerität«); in Nordeuropa eher gegen Migration, also rechtspopulistisch gegen die freie Bewegung von Personen.

Das ist die Kurzversion der Erklärung, die in Kapitel 3 für die unterschiedliche Ausprägung des Populismus in der Nord/Süd-Dimension ausführlicher entwickelt (und dann in Kapitel 5 empirisch überprüft) wird. In der Ost/West-Dimension hingegen sind wir mit zwei Ländergruppen konfrontiert, den osteuropäischen Staaten auf der einen Seite und den angelsächsischen auf der anderen, die keine großzügigen Wohlfahrtsstaaten vorhalten, einmal weil sie ökonomisch nicht können (Osteuropa), einmal weil sie politisch nicht wollen (angelsächsische Länder). Wenn wir uns auf den europäischen Kontext beschränken, finden wir dort insofern politisch miteinander korrespondierende Reaktionen, als es nach der EU-Osterweiterung vornehmlich die osteuropäischen Länder sind, aus denen jene Arbeitsmigranten stammen, die auf dem relativ flexiblen Arbeitsmarkt des liberalen Modells, also insbesondere dem Großbritanniens, teilweise auch Irlands, leicht Zugang finden – das ist im Wesentlichen die Geschichte des Brexit (Dennison/Geddes 2018).

Hier entzündeten sich die Konflikte vornehmlich am Arbeitsmarkt, nicht am Sozialstaat (und es handelt sich eher um innereuropäische denn um außereuropäische Migration, nicht zuletzt auch, weil die Insellage Großbritanniens davor bewahrt, vollständig dem europäischen Asylrechtssystem unterworfen zu sein; das Drama des sogenannten »Dschungels von Calais« hat das sinnfällig werden lassen). Das betrifft dann jedoch andere Arbeitsmarktgruppen, nämlich tenden-